



BASELBIETER FREISINN

Baselland	2/3/4/5/6/7/8/9	Energie- und Klimapolitik	11	Jungfreisinnige	14	Interview mit Beat Walz	16
Waffenrecht	10	Delegiertenversammlung	12/13	«No Billag»	15	Buchbesprechung	19

7. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Baselland

Inhalt

Bilaterale Verträge

Die bilateralen Verträge tragen wesentlich zum Wohlstand der Schweiz bei. Doch die anhaltende Rechtsunsicherheit schadet unserer Wirtschaft. Gefragt ist laut Ständerat Damian Müller ein nüchternes Vorgehen, um endlich stabile Verhältnisse zwischen der EU und der Schweiz zu schaffen.

Seite 18

Landwirtschaft

Mit seiner Gesamtschau zur Landwirtschaft stösst der Bundesrat eine Grundsatzdiskussion über die Weiterentwicklung der Agrarpolitik an. Das Handelsabkommen der EU mit den Mercosur-Staaten wird den Grenzschutz im Agrarbereich unter Druck setzen. Damit ist auch von der Landwirtschaft der Wille zur Veränderung gefordert. Ein Beitrag von Bundesrat Johann Schneider-Ammann.

Seite 22

Arbeitsmarkt und Digitalisierung

Wie wirkt sich die Digitalisierung auf den Schweizer Arbeitsmarkt aus? Was passiert, wenn die «Roboter» kommen? Viel wird spekuliert – Dr. Marco Salvi, Experte für Arbeitsmarkt und Digitalisierung, präsentiert die Fakten. Er schreibt, in der Schweiz brauche es zwar noch Anpassungen, die Angst vor der «Robokalypse» sei aber unbegründet.

Seite 23

Geschätzte Freisinnige

Ein Rückblick auf die erste Hälfte der aktuellen Legislatur 2015 bis 2019 fällt aus freisinniger Sicht sehr positiv aus. Nach dem Zugewinn von drei Sitzen konnte die gestärkte Fraktion mit 17 Persönlichkeiten aus dem Vollen schöpfen. Stellvertretend beleuchte ich die wichtigsten Geschäfte der letzten zweieinhalb Jahre.

Finanzpolitik

Der Regierungsrat kündigte gleich zu Beginn der Legislatur eine Finanzstrategie an. Diesen Ball nahmen wir auf und setzten nach dem ersten Halbjahr mit diversen Vorstössen in der Finanzpolitik ein starkes Zeichen. Ausgeglichene Finanzen sind ein freisinniges Grundanliegen, für das wir permanent kämpfen. Zusammen mit unseren bürgerlichen Partnern SVP und CVP konnten wir mit dem Budget 2018 zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder rosigere Aussichten für die Kantonsfinanzen präsentieren. Doch Achtung: Mit den prognostizierten Überschüssen kommen auch die Forderungen wieder hoch. Hier müssen wir auch in Zukunft Gegensteuer geben, damit die verbesserte Ausgangslage langfristig erhalten bleibt. Manch ein Finanzminister fürchtet denn schwarze Zahlen, weil dann jeweils die Ansprüche steigen.

Uni Basel

Vor genau einem Jahr reichten wir sieben Postulate zur Uni Basel ein.



Rolf Richterich

Zielsetzung: Design to cost – Strategie für eine finanziell nachhaltige Universität. Grundlage bildete eine Studie, welche im Auftrag der FDP-Fraktion vom Institut für Wirtschaftsstudien Basel (IWSB) erarbeitet worden ist. Darin wurden Handlungsfelder aufgezeigt, die in den Postulaten aufgenommen worden sind. Das Echo auf diese Vorstösse war gross. Damit leiteten wir eine Grundsatzdebatte zur Uni Basel ein, welche im Frühling 2017 geführt wurde. Letztlich wurden sechs Postulate überwiesen. Die Leistungsvereinbarung mit der Universität Basel für die Jahre 2018 bis 2021 wurde im Herbst mit Unterstützung der FDP beschlossen.

Öffentlicher Verkehr

Im Frühjahr 2017 reichten wir acht Vorstösse zum Öffentlichen Verkehr (ÖV) ein. In einer engagierten Debatte konnten wir unsere Forderungen erfolgreich einbringen. Uns ist wichtig, dass auch im ÖV der Franken effizient eingesetzt werden muss. Zudem besteht beim ÖV ein Governance-Problem. Der Kanton hat zwei Hüte an. Als Besteller agiert er im öffentlichen Interesse und bestellt mit dem Generellen Leistungsauftrag (GLA) die ÖV-Leistungen bei den Transportunternehmen. Als Eigentümer der BLT und teilweise der AAGL nimmt er Eignerinteressen wahr. Dabei sind Konflikte unausweichlich.

Kantonsspital

Eben fand im Landrat eine heftige Grundsatzdebatte zur Zukunft des Kantonsspitals statt. Zur Festlegung unserer Position haben wir uns sehr intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt. Einmal mehr haben sich nicht nur die Experten innerhalb der Fraktion eingebracht. Alle Fraktionsmitglieder haben an diversen Anlässen zur Gesundheitsplanung und der Spitalgruppe teilgenommen. Entsprechend konnten wir unsere Position so weit schärfen, dass wir eine einhellige Meinung erarbeiten und vertreten konnten.

Fortsetzung auf Seite 2

Meine Seite



Paul Hofer

Michael Herrmann tritt zurück – Nachfolger wird Stefan Degen

Mit Michael Herrmann verlässt eine engagierte Persönlichkeit die politische Bühne nach rund 20 Jahren aktiver Politik. Nach acht Jahren als Präsident der FDP Gelterkinden, elf Jahren in der Parteileitung der FDP Baselland, davon vier Jahre als Vizepräsident und vier Jahre als Parteipräsident, sowie acht Jahren als aktiver Landrat wird sich Michael Herrmann wieder vermehrt seinen privaten und beruflichen Herausforderungen und Zielen widmen.

Wir danken ihm herzlich für sein grosses Engagement für die Region, aber auch für seinen unermüdlichen Einsatz für die liberalen und freisinni-



Danke, lieber Michi!

gen Werte. Als neu gewählter Friedensrichter im Wahlkreis Gelterkinden dürfen wir erfreulicherweise weiterhin auf das Wissen und die Erfahrung von Michael Herrmann zählen.

Ich möchte noch mein persönliches Dankeschön anhängen. Michael (oder wie wir Dich alle nennen: Michi), ich erinnere mich sehr gerne an unsere erste aktive politische Zusammenarbeit: Es ging darum, die Position der FDP BL nach Fukushima zu bestimmen – es war ein denkwürdiger Parteitag, denn es musste rasch eine Medienmitteilung erarbeitet werden. Da hast Du auf Neudeutsch wahrlich «Leadership» bewiesen. Seither unterstützt die FDP BL konsequent erneuerbare Energien, immer mit dem Ver-

ständnis, dass sich innovative Ideen auch betriebswirtschaftlich rechnen müssen. Die Parteileitung wünscht Dir alles Gute für die Zukunft und die neuen Herausforderungen. Gleichzeitig heissen wir Stefan Degen auf der kantonalen Ebene und in der Landratsfraktion der FDP Baselland herzlich willkommen.

Parteiinterne Kommissionen

Ich erlaube mir, an dieser Stelle nochmals auf die Kommissionen der FDP Baselland aufmerksam zu machen.

Melden Sie sich zur Mitarbeit – denn der politische Einfluss auf kantonaler Ebene beginnt mit dem Erarbeiten der Vernehmlassungsantworten in den internen Kommissionen. Nachdem diese Stellungnahmen im Parteirat beschlossen worden sind, gelten sie als formelle Position der FDP BL. Also wer sich einbringen will, muss mitmachen – es genügt nicht, sich im Nachhinein über eine Position der FDP BL zu ärgern.

Paul Hofer,
Parteipräsident und Landrat

Gerne laden wir alle Freisinnigen ein, an der politischen Arbeit der FDP Baselland teilzunehmen. Interne Kommissionen besprechen und verfassen Stellungnahmen zu kantonalen Vernehmlassungen, bevor sie vom Parteirat genehmigt werden. Auf diesem Weg entstehen die ersten Schritte für die Positionen der FDP Baselland.

Kommissionen der FDP BL und die dazugehörigen Kontaktdaten:

- Bildung, Kultur und Sport
Daniel Schwörer (daniel.schwoerer@bl.ch)
- Energie und Umwelt
Dominique Beurret (dbeurret@atundw.ch)
- Bau und Planung
Peter Issler (issler.arch@datacomm.ch)
- Finanzpolitik
Jörg Felix (joerg.felix@bandj.ch)
- Volkswirtschaft und Gesundheit
Ueli Zehnder (uezehnder@swissonline.ch)
- Justiz und Sicherheit
Stefan Steinemann (stefan.steinemann.fdp@gmail.com)

Fortsetzung von Seite 1

Ausblick

Ende 2017 haben wir die Planung für den Rest der Legislatur aufgenommen. Von unserem Erfolgsmodell, dass wir die Themen in der Fraktion frühzeitig und vertieft im Plenum beraten, werden wir nicht abrücken. Im Fokus für die nächsten Monate stehen die Bildung, die Infrastruktur und der Verkehr sowie die Wirtschaftsförderung.

Kommunikation und Feedback

Zur parteiinternen Information haben

wir vor einiger Zeit den Fraktions-Newsletter ins Leben gerufen. Mehr oder weniger regelmässig berichten die federführenden Landräte zu Geschäften aus dem Landrat. Auf diesen per E-Mail verschickten Newsletter erhalten wir immer wieder Reaktionen, die für unsere Arbeit sehr wertvoll sind. Wer den Newsletter noch nicht erhält, soll bitte der Geschäftsstelle die E-Mail-Adresse angeben.

Gerne lade ich Sie auch im Namen der ganzen Fraktion dazu ein, uns Ihre

Gedanken zu aktuellen Themen mitzuteilen. Im Verbund sind wir noch stärker.

Landratswahlen 2019

Im März 2019 finden die nächsten Landratswahlen statt. Ich strebe noch immer das bei meinem Antritt als Fraktionspräsident im Jahr 2011 formulierte Ziel von mindestens 20 Fraktionsmitgliedern an. Das Ziel ist hoch gesteckt, aber erreichbar. Bitte helfen Sie uns in der Fraktion und in den

Gemeinden. Zusammen werden wir das schaffen!

Ich freue mich auf den nächsten Kontakt!

Freisinnige Grüsse

Rolf Richterich, Laufen,
Landrat FDP,
Fraktionspräsident

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

Fremdsprachenunterricht «Passepartout»: Quo vadis?

Der Fremdsprachenunterricht in der Volksschule, im Baseltbiet genannt «Passepartout», bewegt viele Gemüter. Sind unsere Schülerinnen und Schüler damit überfordert? Erreichen sie die im Lehrplan gesteckten Ziele? Werden unsere Jugendlichen genügend für ihren weiteren beruflichen Weg vorbereitet? Die Initianten zweier Volksinitiativen bezweifeln dies und fordern einen Ausstieg aus «Passepartout», obwohl diese im Zentrum stehenden Fragen noch nicht beantwortet werden können.

Monica Gschwind,
Regierungsvizepräsidentin,
Vorsteherin der Bildungs-, Kultur-
und Sportdirektion (BKSD)



Monica Gschwind

Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) beschloss 2004, den Sprachenunterricht in der Volksschule koordiniert weiterzuentwickeln und früher mit der Sprachförderung zu beginnen. Gemeinsames Ziel waren die verstärkte Förderung der Erstsprache und das Unterrichten von zwei Fremdsprachen spätestens ab dem 3. bzw. ab dem 5. Schuljahr. Im Februar 2007 nahm der Landrat dieses Konzept mit grossem Mehr zur Kenntnis. 2010 stimmte der Baseltbieter Soverän dem Beitritt zum HarmoS-Konkordat zu. Ferner unterbreitete der Regierungsrat dem Landrat einen Verpflichtungskredit von 12,5 Millionen Franken zur Umsetzung des Sprachkonzepts. Dieser stimmte diesem Kredit zu und schloss sich damit den Kantonen Basel-Stadt, Solothurn, Bern, Freiburg und Wallis an. Ich sowie die

grosse Mehrheit der FDP-Fraktion lehnten die Vorlage ab, Jürg Wiedemann, Landrat der Grünen, stimmte zu. Heute kämpft derselbe Jürg Wiedemann gegen «Passepartout» und ich als Bildungsdirektorin stehe für dessen Weiterführung ein – verkehrte Welt?

Wirkungsstudie

Für die bereits genannten sechs Kantone, die alle in der 3. Klasse mit Französisch beginnen und in der 5. Klasse mit Englisch, wurden die neuen Lehrmittel «Mille feuilles», «Clin d'œil» und «New World» entwickelt. Diese wurden in Pilotklassen getestet und von renommierten Instituten evaluiert. Im Baseltbiet starteten im Schuljahr 2012/13 die ersten Schülerinnen und Schüler in der 3. Klasse mit Französisch – sie traten im Schuljahr 2016/17 in die Sekundarschule über. Zur Überprüfung der Zielerreichung von «Passepartout» beauftragten die sechs Kantone das Institut für Mehrsprachigkeit der Universität Fribourg mit einer Wirkungsstudie. 2017 wurden 1000 Schülerinnen und Schüler der sechsten Klasse getestet; die gleichen 1000 Schülerinnen und Schüler werden in der 3. Sek bzw. im Jahr 2020 nochmals einem Test unterzogen. Der Zwischenbericht soll im Juni 2018 vorliegen, der Schlussbericht 2021. Somit ist klar: Die im Zentrum stehenden Fragen können frühestens 2021 beantwortet werden. Erst wenn ein faktenbasiertes Resultat vorliegt, können wir mit gutem Gewissen Entscheide fällen.

Regelmässiger Dialog

Es ist mir sehr wichtig, die Lehrerinnen und Lehrer während der Einfüh-

rungsphase gut zu unterstützen. Diese haben sich in den letzten Jahren intensiv aus- und weitergebildet und sehr viel Arbeit in die Entwicklung des Unterrichts investiert. Seit Amtsbeginn stehe ich in engem Kontakt mit Vertretern aller Beteiligten. Es ist mir ein grosses Anliegen, die kritischen Punkte zu erfassen, Hand für Verbesserungen zu bieten und Entwicklungen anzustossen. Im vergangenen Jahr lancierten wir gemeinsam eine kantonale Umsetzungshilfe, die die Lehrpersonen dabei unterstützt, den fließenden Übergang zwischen der Primar- und der Sekundarschule zu gewährleisten. Ende 2017 führten wir Fachhearings durch, in denen alle Französischlehrerinnen und -lehrer ihre Erfahrungen und Kritikpunkte einbringen konnten. Die Erkenntnisse werden nun analysiert und daraus weitere Massnahmen abgeleitet. In diversen Gesprächen mit dem Lehrmittelverlag konnte ich zusammen mit den fünf Bildungsdirek-

toren erwirken, dass die Lehrmittel überarbeitet werden.

Abstimmung im Juni

Bereits im März 2016, als die ersten Passepartout-Schülerinnen und -Schüler die 6. Klasse besuchten, wurden die beiden Volksinitiativen «Stopp dem Verheizen von Schülern/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt» und «Stopp der Überforderung von Schülern/-innen: Eine Fremdsprache auf der Primarstufe genügt» eingereicht. Hauptinitiant: Jürg Wiedemann. Die Initianten fordern erstens, dass das Baseltbiet zum alten Konzept zurückkehrt. Zweitens, dass Englisch künftig erst in der Sekundarschule Einzug hält.

Der Regierungsrat lehnt aufgrund der ausstehenden Wirkungsstudie beide Initiativen ab. Die Vorlagen werden im ersten Quartal 2018 im Landrat beraten. Ich gehe davon aus, dass die Volksabstimmung im Juni 2018 stattfinden wird.

Verkehrte Welt? Nein!

Landrat und Soverän haben den eingeschlagenen Weg beschlossen. In die Umsetzung von «Passepartout» wurden 12,5 Millionen Franken investiert. Wir stecken mitten in der Einführung. Die Lehrkräfte haben sich intensiv aus- und weitergebildet und entwickeln ihren Unterricht laufend weiter. Zugegeben: Der Aufwand ist gross und erfordert von allen Beteiligten viel Engagement und Geduld. Nichtsdestotrotz wäre es fahrlässig, den eingeschlagenen Weg abzubrechen, ohne die Wirkung des neuen Fremdsprachenunterrichts zu kennen!



Monica Gschwind am Neujahresapéro der FDP Baselland.

Medienmitteilung der FDP Baselland vom 11. Januar 2018

Nein zur Spitalfusion

Die FDP Baselland unterstützt eine enge Kooperation der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt und die Festlegung gemeinsamer Ziele im Gesundheitsbereich ohne die Bildung einer Spitalgruppe.

Die FDP Baselland stellt sich hinter die angestrebte gemeinsame Gesundheitsplanung der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Die engere Zusammenarbeit und gemeinsame Ziele im Gesundheitsbereich sind aufgrund des Kostendrucks im Gesundheitswesen ein Gebot der Stunde. Sie bieten eine reelle Chance für effizientere Strukturen und für den Abbau von Doppelspurigkeiten und Zielkonflikten im Gesundheitswesen beider Kantone. Wünschenswert ist für die FDP Baselland zudem, die übrigen Kantone in der Gesundheitsregion Nordwestschweiz (AG, SO, evtl. JU) raschmöglichst in diese Kooperation und Koordination aktiv mit einzuschliessen.

Allerdings erachtet die FDP Baselland eine gemeinsame Spitalgruppe nicht als notwendige Bedingung zur Erreichung der angestrebten drei regierungsrätlichen Ziele «Optimierung der Gesundheitsversorgung», «Dämpfung des Kostenwachstums» und «Erhalt der Hochschulmedizin». Die Risiken und Nachteile einer Fusion des Kantonsspitals Baselland (KSBL) mit dem Unispital Basel (USB) wiegen aus Sicht der FDP schwerer als deren Nutzen.

Die Spitalgruppe würde mit einer Marktmacht von ca. 70 Prozent Patientenanteil den Wettbewerb unter den Anbietern deutlich verzerren. Private Anbieter, deren Leistungsangebot vergleichbar und zum Teil günstiger ist, würden an den Rand gedrängt. Dies ergibt sich aus der ungenügenden Rollenteilung der Kantone: Als Eigner, Regulator, Besteller von Leistungen und Aufsichtsstelle sind Zielkonflikte unvermeidlich. Ungleich lange Spiesse für die privaten Anbieter wären das Resultat.

Auch sieht die FDP staatspolitische Gründe für ein Nein zur Spitalfusion. Das geplante Eignerverhältnis an der Spitalaktiengesellschaft (70 Prozent BS, 30 Prozent BL) bedeutet eine mög-



Bruderholzspital in Binningen.

liche Überstimmung des Kantons BL in allen relevanten Fragen: die statutarisch geplante Sperrminorität von BL gilt nur für wenige wichtige Entscheide. Dies wird die Mitbestimmung des Kantons in Fragen von Investitionen, Nachschusspflichten (Too-big-to-fail-Problematik) und diversen Standortentscheidungen erheblich einschränken. Ein paritätischer Einkauf in die Aktiengesellschaft kostet jedoch 170 Millionen Franken – ein Betrag, der für das Baselbiet nicht tragbar ist. Ebenso wenig tragbar ist das Millionenloch in der Pensionskasse nach der zwingenden Angleichung der Pensionskassenlösung zwischen KSBL und USB. Weiter führt der geplante Ausbau der Orthopädie auf dem Bruderholz nach Ansicht der FDP nicht zu einer Kostendämpfung, sondern zu teuren Überkapazitäten in diesem Bereich.

Wichtig ist: Auch ohne Spitalgruppe behält das USB seinen fokussierten Status als forschungsorientiertes Spital für die hiesige Life-Science-Industrie. Die angestrebte (und notwendige) Konzentration der Fallzahlen in der

Hochspezialisierten Medizin (HSM) ist durch die gemeinsame Gesundheitsplanung, ein Netzwerk unter Einbezug der Privaten und klarer Definition des Leistungsangebots pro Standort ohne Spitalgruppe realisierbar.

Die FDP Baselland erachtet es als langfristiges Ziel, dass der Kanton Basel-Landschaft letztlich Gesundheits-

dienstleistungen einkauft statt selber Institutionen betreibt, denn das Leistungsangebot in der Nordwestschweiz ist mehr als genügend, und Engpässe sind in der Gesundheitsversorgung inexistent. Das KSBL soll deshalb durch geeignete Massnahmen restrukturiert und dessen Substanz für die Zukunft gesichert werden.

Übrigens

Die Jungfreisinnigen Baselland haben am 4. Dezember 2017 in Liestal ein Podium zum Thema «Spitalfusion – eine tickende Zeitbombe?» durchgeführt. An diesem Abend wurde die Spitalfusion erstmals an einem Podium kontrovers diskutiert. Die Veranstaltung begann mit Inputreferaten von Regierungsrat Thomas Weber und Prof. Dr. Stefan Felder, Professor für Health Economics an der Universität Basel. Über die Frage, in welche Richtung das Spital künftig gehen soll, herrschte auch im fünfzigköpfigen Publikum Uneinig-

keit. Diese und weitere Fragen wurden dann auch mit weiteren Podiumsgästen diskutiert. Dazu gehörten unser FDP-Landrat Sven Inäbniit und die SP-Landrätin Regula Meschberger. Die zahlreichen Fragen und diversen Voten aus dem Publikum zeigten, dass das Thema auf jeden Fall noch nicht vom Tisch ist. Eines waren sich jedoch alle einig: Eine Veränderung im Spitalwesen muss angestrebt werden.

Florian Sennhauser,
Präsident Jungfreisinnige BL

Interview mit Landrat Sven Inäbnit

Die Spitalfusion aus freisinniger Sicht

Naomi Reichlin,
Vizepräsidentin FDP Baselland

Basel-Landschaft hat im schweizweiten Vergleich die fünfthöchsten Krankenkassenprämien, Basel-Stadt sogar die höchsten. Warum?

Dafür gibt es drei Hauptgründe: eine überdurchschnittlich hohe Hospitalisationsrate, also Spitalbehandlungen pro Einwohner, die schweizweit höchste Bettenzahl pro Einwohner und generell eine sehr hohe Dichte an Leistungserbringern auf kleinstem Raum. So haben wir beispielsweise 27 Spitäler in beiden Kantonen! Diese Übersorgung führt unweigerlich zu einer Mengenausweitung und damit zu hohen regionalen Gesundheitskosten, die der Steuer- und Prämienzahler schmerzlich spürt.

Wie sieht die Vision eines idealen, freisinnigen Gesundheitssystems aus?

Wahrscheinlich lässt es sich am besten umschreiben mit dem Stichwort «regulierter Wettbewerb». Das heisst, so viel Wettbewerb wie möglich, so viel staatliche Regulierung wie nötig. Die steuernden Eingriffe brauchen wir für einen minimalen Solidaritätsausgleich

«Das heisst, so viel Wettbewerb wie möglich, so viel staatlich Regulierung wie nötig.»

und zur Qualitätssicherung. Der Kanton soll in erster Linie die Gesundheitsversorgung seiner Bevölkerung sicherstellen, dies muss aber nicht zwingend mittels Betrieb eigener Spitäler geschehen! Denn Rollenkonflikte als Eigner, Regulator, Leistungsbesteller und Aufsichtsstelle sind vorprogrammiert und heute auch Realität. Über kantonale Leistungsaufträge liess sich die Versorgung deshalb unabhängiger und kostengünstiger gestalten. Auch eine Korrektur der heutigen krassen Fehlanreize im Finanzierungssystem würde zu mehr Wettbewerb führen, ohne dass Einbussen für die Patienten entstehen. Ein rein markt-



Sven Inäbnit

wirtschaftliches System ohne gewisse Regeln würde jedoch sehr rasch in eine Zweiklassenversorgung führen. Und US-Verhältnisse möchte hierzulande niemand.

Worüber wird das Stimmvolk nächstens abstimmen?

Sofern es im Herbst zur Volksabstimmung kommt, was vorauszusehen ist, wird über zwei Staatsverträge, die gemeinsame Spitalgruppe (auch «Spitalfusion» genannt) und die gemeinsame

Gesundheitsplanung, und zwei neue Gesetze über die Beteiligung an Spitälern respektive über die Spitalversorgung abgestimmt. Zuerst werden jedoch die Kantonsparlamente in der ersten Jahreshälfte darüber beraten.

Worum geht es bei der Vorlage zur gemeinsamen Spitalplanung?

Die wichtigsten Elemente sind die Erhebung gemeinsamer Datengrundlagen, eine gleich lautende Spitalliste BS/BL sowie die Koordination und Konzentration medizinischer Leistungen. Ziel ist ein Beitrag zur Kostendämpfung durch den Abbau von Doppelspurigkeiten. Ein weiteres Mittel

zur Erreichung dieses Ziels sei gemäss Regierungen auch die Zusammenlegung der bisherigen öffentlichen Spitäler in beiden Kantonen.

Wie sieht denn der Vorschlag der Regierungen bezüglich der gemeinsamen Spitalgruppe aus?

Das Unispital Basel und das Kantons-spital Baselland sollen rechtlich zu einer AG fusioniert werden. Basel-Stadt würde Mehrheitsaktionär und Basel-Landschaft hätte für «wichtige Entscheide» eine Sperrminorität. Der Vertrag legt vier Standorte in Basel, Liestal, Bruderholz und Laufen fest. Jeder Standort soll über ein klar definiertes Leistungsangebot positioniert werden. Die universitäre und hochspezialisierte Medizin soll zur Sicherung der Fallzahlen in Basel konzentriert werden. Gemäss Regierung besteht ein Fokus des Projekts auch darin, durch die Fusion die Eigenfinanzierung der Spitäler zu verbessern und damit ihr ökonomisches Überleben langfristig zu sichern.

Welche Auswirkungen hätte die gemeinsame Spitalgruppe auf die Finanzen des Kantons Basel-Landschaft?

Die Harmonisierung der Pensionskassenlösung und die damit verbundenen Risiken würden den Kanton BL erheblich belasten. Ein bestehendes Darlehen ans KSBL von 153 Millionen müsste in Dotationskapital umgewandelt werden, wobei Zinserträge wegfallen würden. Eventuell müsste Baselland spezifische, gewünschte Angebote für die Baselbieter Bevölkerung gesondert bezahlen, die bisher das KSBL «übernahm». Auch besteht ein grosses Risiko für Nachzahlungen an die AG bei anhaltenden Defiziten aufgrund der Too-big-to-fail-Problematik.

Was würde das für die Patienten bedeuten?

Je nach Erkrankung oder Eingriff wäre nur ein bestimmtes Spital der Spitalgruppe aufzusuchen. Eventuell würde

die Spitalliste ausgedünnt, sodass gewisse Leistungsaufträge für Privatspitäler wegfielen. Damit würde die Wahlfreiheit für die Patienten kleiner.

Und wie wirkt sich das auf die Privatspitäler aus?

Diese würden die Marktmacht der Spitalgruppe (70 Prozent Marktanteil) spüren und möglicherweise durch den Rollenkonflikt der Kantone Wettbewerbsnachteile bei der Leistungsauftragsvergabe erleiden. Die staatliche Spitalgruppe würde das private Angebot stark konkurrenzieren. Dies leider aufgrund einer höheren «Baserate» nicht zu günstigeren Preisen als die Privatspitäler.

Was wird die FDP bei der gemeinsamen Spitalgruppe stimmen und wieso?

Während der Staatsvertrag zur gemeinsamen Gesundheitsplanung unbestritten ist, überwiegt nach Prüfung und Abwägen in der Landratsfraktion und der Parteileitung die Skepsis gegenüber der Spitalfusion. Die finanziellen Risiken für den Kanton sind hoch, zum Beispiel durch die Pensionskassenproblematik und die Folgekosten. Ebenso ist die Rolle der Kantone als Eigner und Regulatoren nicht genügend getrennt, was zu Wettbewerbsverzerrungen führen wird und damit private Anbieter benachteiligt. Die Kostendämpfung ist insgesamt nicht genügend ersichtlich. Die Kosten der öffentlichen Spitäler sind deutlich höher als bei den privaten, und durch die Konzentration aller komplexen Fälle in Basel würden die Kosten insgesamt noch höher. Baselland hätte zudem in der AG keinen wesentlichen Einfluss mehr auf die Spitäler, müsste aber beschlossene finanzielle Einschnitte mittragen. Baselland wird so zum Juniorpartner. Die angestrebte gemeinsame Gesundheitsplanung geht von Partnern auf Augenhöhe aus. Dies wäre im Fall der Spitalgruppe aber nicht gegeben. Und last, but not least: Alternativen zur Spitalfusion wurden aus unserer Sicht zu wenig vertieft geprüft.

Verrechnungssteuer

Für bürgerfreundlichere Praxis

Daniela Schneeberger,
Nationalrätin FDP BL

Die heutige Rückerstattungspraxis bei der Verrechnungssteuer ist bürokratisch, aus fachlicher Sicht teilweise unsystematisch und mangelhaft – die Auswirkung ist eine unfaire Besteuerung. Leidtragende sind sowohl private Steuerzahlende als auch Unternehmen. Mit meiner Motion «Keine Verwirkung bei der Verrechnungssteuer» habe ich bereits im September 2016 auf diese Missstände hingewiesen und vom Bundesrat entsprechende gesetzliche Korrekturen verlangt. Endlich kommt Bewegung in das Geschäft. Die notwendige Revision wird vom Bundesrat an die Hand genommen. Noch im Frühjahr soll dem Parlament eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden. Die Rückerstattungspraxis, namentlich das Kreisschreiben der ESTV Nr. 40, soll nun wieder fair gestaltet werden. Meine Erwartung dabei ist klar: Es braucht nicht nur eine Umsetzung des Gesetzes mit Augenmass, sondern vor allem einfachere und auch für die Verwaltung verbindliche Regeln, die so fixiert sind, dass keine Willkür mehr stattfinden kann. Die Steuerzahlenden haben Anspruch auf Rechtssicherheit. Davon werden am Ende alle profitieren.

Immer grössere Hürden

Die gesetzliche Grundlage der Verrechnungssteuer ist seit langem nicht angepasst worden, dennoch ist es der Steuerverwaltung gelungen, durch Praxisänderungen immer mehr Hürden und Hemmnisse ins System einzubauen. Die Verrechnungssteuer hat sich von einer Sicherungs- zur Strafsteuer entwickelt. Mittlerweile haben wir ein regulatorisches Dickicht, das im Interesse der Steuerzahlenden dringend gelichtet werden muss. Zudem muss der Eigendynamik der Steuerverwaltung und der Bürokratie Einhalt geboten werden. Damit sich in diesem offensichtlich leidigen Geschäft endlich etwas bewegte, waren mehrere parlamentarische Anfragen



Daniela Schneeberger

und Vorstösse nötig. Im letzten Jahr liess sich das Finanzdepartement des Bundes überzeugen und bereitete eine Vernehmlassungsvorlage vor.

Das Kernelement dieser neuen Vorlage bildet die Schaffung der sogenannten nachträglichen Deklaration. Damit wird ein zentrales Problem angepackt, das in der Vergangenheit bei KMUs und Privatpersonen gleichermaßen immer wieder für Ärger, Kosten und Unverständnis gesorgt hat, weil auch im Falle der lediglich fehlerhaften Nichtdeklaration die Rückerstattung der Verrechnungssteuer willkürlich verwehrt wurde. Mit anderen Worten: In der geltenden, von der Verwaltung eigenmächtig bürokratisch verschärften Praxis wird dem Steuerzahler einfach a priori eine Hinterziehungsabsicht unterstellt. Ein solcher Generalverdacht ist unstatthaft. Deshalb steht es für mich völlig ausser Frage, dass die Verrechnungssteuer-Praxis in diesem Punkt sicher zu Gunsten der Steuerzahlenden geändert werden muss.

Vorlage nicht nur positiv

Die Vernehmlassungsvorlage ist aber nicht nur positiv zu werten. Zum Teil verharrt sie in den bisherigen Denkmustern. Das überrascht nicht, denn die Vorlage wurde von der Eidgenössischen Steuerverwaltung ausgearbei-

tet – jener Behörde, welche auch für die schleichenden Praxisverschärfungen der letzten Jahrzehnte verantwortlich zeichnet.

Aus meiner Sicht ist entscheidend, dass wir mit der nun anstehenden Gesetzesänderung auch für Rechtssicherheit sorgen. Das muss heissen: Ohne klare gesetzliche Grundlage darf es in Zukunft keine eigenmächtigen Praxisverschärfungen mehr geben. Dass die Verwaltungen rasch einmal zu eigen-dynamischem Handeln neigen, überrascht nicht. Umso mehr muss hier von Anfang an ein Riegel geschoben werden. Im konkreten Fall bedeutet dies, dass die Verrechnungssteuer gesetzlich zu einer Sicherungssteuer deklariert wird. Im Weiteren muss die Rückerstattungsmöglichkeit zum Beispiel auch bei Nachsteuerfällen eingeräumt werden. Die Rückerstattungsmöglichkeit soll ausserdem erst dann verwirkt sein, wenn die Rückerstattungsfrist abgelaufen ist – eigentlich logisch, aber in der Vernehmlassungsvorlage wurde diese Notwendigkeit nicht anerkannt bzw. bewusst nicht thematisiert.

Korrekturen nötig

In der Summe ist der Vorschlag des Bundesrates unterstützenswert, weil die Verrechnungssteuer endlich zu ihrer soliden ursprünglichen Basis zurückkehrt. Der Ermessensspielraum der zu kreativen Behörden wird eingedämmt, obwohl noch Korrekturen einzubringen sind. Zudem ist wichtig, dass sich der Bundesrat der Dringlichkeit bewusst ist, mit der dieses Geschäft angegangen werden muss. Ich habe deshalb in der zurückliegenden Wintersession mit einer parlamentarischen Anfrage noch einmal nachgehakt – der Bundesrat hat in seiner Antwort bestätigt, dass er nicht nur die Dringlichkeit anerkennt, sondern dass er schon im Frühjahr 2018 Nägel mit Köpfen machen will und plant, die neue Regelung auf den 1. Januar 2019 in Kraft zu setzen, natürlich in Abhängigkeit vom parlamentarischen Beratungsprozess.

Wie Verschlimmbesserungen im ÖV schaden

Christoph Imwinkelried,
Jungfreisinnige Baselland

Mit dem neuen Fahrplan kam die Ernüchterung. Während sich in den Jahren zuvor kaum etwas geändert hat, wurden dieses Jahr die Verbindungen auf mehreren Linien komplett umgestaltet – dies jedoch eher im Sinne einer Verschlimmbesserung.

Ist es sinnvoll, dass der IR 27 aus Sissach/Olten um x.32 ankommt und der eigentliche Anschlussbus schon um x.31 abfährt? Der Verkehrsplaner des Kantons macht geltend, dass es aufgrund der zu kurzen Wendezeit in Reigoldswil sowie hohen Verkehrsaufkommens vermehrt zu Verspätungen gekommen sei, wobei die Busse auch gelegentlich Anschlüsse verpasst hätten.

Auch auf anderen Linien kam es zu solchen Verschlimmbesserungen, wie beispielsweise abends auf der Linie 72 von Liestal über Seltisberg nach Lupingen (und Büren). Dabei wurden die Abfahrtszeiten des Stundentakts um eine halbe Stunde verschoben, was sich als äusserst unpraktisch erweist, wenn man zum Beispiel über Liestal ins obere Baselbiet reisen möchte, da der um x.57 fahrende Schnellzug (IR 37) in Richtung Olten/Zürich Gelterkinden nicht bedient. Auch auf die nächste S-Bahn in diese Richtung können Reisende 27 Minuten warten. Als Begründung gibt der Kanton an, dass damit Büren besser bedient werden würde. Eine fadenscheinige Begründung, denn welcher von Büren aus Reisende zieht eine 21-minütige Busfahrt mit der Linie 72 einer 11-minütigen Fahrt mit der Linie 111 vor?

Solche unnötigen, nicht durchdachten Fahrplanänderungen sind für Reisende eher eine Bürde als eine Erleichterung und schaden dem öffentlichen Verkehr generell mehr, als sie ihm nützen. Es sollte im Interesse des Staates liegen, auch abseits der städtischen Zentren den öffentlichen Verkehr attraktiv zu halten, damit ein guter öffentlicher Verkehr auch in Zukunft möglich und finanziell tragbar bleibt.

Gelungener Neujahrstakt der FDP Baselland

Die Chemie stimmt!

Marc Schinzel, Mitglied der Parteileitung und Landrat

Dass Parteien und Wirtschaftsverbände das neue Jahr mit Anlässen einleiten, die neben pointierten Standortbestimmungen auch kulinarische Genüsse versprechen, ist im regionalen Kulturgut fast so fest verankert wie der Handschlag ... Nach dem Dreikönigstag braucht es aber schon einen Sondereffort, um den körperlichen und geistigen Appetit hochzuhalten. Der Baselbieter FDP gelang das wiederum bestens. Präsident Paul Hofer und Vizepräsidentin Naomi Reichlin begrüßten die zahlreich erschienenen Parteimitglieder, geladenen Gäste und Medienvertreter im speziellen Ambiente des Instituts für Organische Chemie der Universität Basel. Die Land-FDP mitten in Basel? Kein Problem für eine vorausblickende Partei, die sich für einen innovativen Bildungs-, Forschungs- und Werkplatz einsetzt. Diese für den regionalen Erfolg zentralen Elemente beleuchteten die «Hausher-



rin», Uni-Rektorin Andrea Schenker-Wicki, die Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind und Franz Saladin, Direktor der Handelskammer beider Basel (HKBB), in Kurzreferaten. Rektorin Schenker-Wicki verwies zu Recht auf die ausgezeichnete Arbeit, die an der Uni Basel geleistet wird, und hob die speziell bei den «Life Sciences» hervorragende Reputation der bikantonalen Hochschule hervor. Sie und Regierungsvizepräsidentin Gschwind waren sich einig, dass es auch unbe-

queme Fragen braucht, um Neues anzustossen. Monica Gschwind zeigte sich erfreut über die nach komplexen Verhandlungen mit Basel-Stadt verabschiedete Leistungsvereinbarung 2018 bis 2021 und rief dazu auf, die Gespräche über das künftige Finanzierungsmodell, die Immobilienvereinbarung und die Universitätsstrategie 2030 ebenso zielgerichtet zu führen. HKBB-Direktor Franz Saladin unterstrich die Bedeutung einer engen regionalen Zusammenarbeit. Parteipräsident Paul

Hofer rief die Anwesenden auf, sich Gedanken zu einer «Universität Schweiz» zu machen – die vorhandenen Ressourcen werden in der Zukunft beschränkt bleiben. Die Konkurrenz sind die ausländischen Top-Universitäten. Das im Hörsaal hängende Periodensystem erinnerte die freisinnigen «Studierenden» und den ebenfalls anwesenden Grossratspräsidenten Joël Thüring daran, dass wir mit weltfremder Alchimie nicht weiterkommen. Monetäres Silber (Ag) und Gold (Au) ist so knapp wie unentbehrlich, doch braucht es vor allem auch «Brain» und harte Arbeit. Das geht nur mit viel Sauerstoff (O). Zudem besitzt der Lateinersatz der «mens sana in corpore sano» noch immer seine Gültigkeit. Bewiesen wurde das am von der HKBB gestifteten, gemütlichen Apéro, zu dem auch der Vorsteher des Basler Erziehungsdepartements, Regierungsrat Conradin Cramer, stiess. So gab es am Ende des interessanten und kurzweiligen Abends kaum Zweifel: Die Erfolgsformel für 2018 heisst: F+D+P!



Gedankenaustausch zwischen der Parteileitung und den Sektionspräsidenten der FDP Baselland

Direkte Kommunikation

Matthias Mundwiler,
Mitglied der Parteileitung

Zwischen der Parteileitung und den Sektionspräsidenten findet ein regelmässiger persönlicher Austausch statt. Dadurch soll die direkte Kommunikation zwischen der Parteileitung und den Sektionen verbessert werden. Denn die kommunalen Sektionen leis-

«Vor allem im Hinblick auf die Wahlen 2019 ist der Einbezug der Sektionen ein wichtiges Puzzleteil.»

ten die wichtige Basisarbeit für die Kantonalpartei.

Die Parteileitung wollte beim ersten Treffen vom 22. November 2017 von den Sektionen Folgendes in Erfahrung

bringen: Was sind im Moment in den Sektionen wichtige Anliegen, wo drückt der Schuh, und was kann die Parteileitung verbessern?

Nach der Einführung durch Parteileitungsmitglied und Gemeinderat Matthias Mundwiler präsentierte Präsident Paul Hofer seine politischen Ziele, auch für die Wahlen 2019.

Der Parteipräsident möchte die vier Segmente der FDP Baselland einbeziehen: die Jungfreisinnigen, die Sektionspräsidenten, die Gemeinderäte und die Parteiratsmitglieder.

Gerade bei den Landratswahlen ist die Partei auf 75 neue «Köpfe» angewiesen. Diese neuen Kandidaten findet man nur in den Sektionen. Aus diesem Grund wurde u. a. auch zu diesem Anlass eingeladen. Ein Austausch von Erfahrungen und Bedürfnissen ist somit essenziell. Ziel soll es sein, bei den nächsten Wahlen gegenseitige Unterstützung bieten zu können.



Matthias Mundwiler

Mögliche Wahlkampfthemen wurden thematisiert und jeder Sektionspräsident hatte die Möglichkeit, die wichtigsten Punkte für seine Sektion einzubringen. Des Weiteren nahm die Parteileitung folgende Inputs der Sektionspräsidenten entgegen:

■ **Informationen der Parteileitung:** Der Zeitpunkt der Informationen ist wichtig. Dies soll immer rechtzeitig erfolgen, vor allem auch betreffend

Parteitag. Die Kommunikation in den Sektionen braucht länger, und dies benötigt längeren Vorlauf.

■ **Themen Parteitag:** Diese können auch mal etwas «anderes» sein und nicht nur die Abstimmungsvorlagen, die Parteitage dürfen lebhafter ablaufen, und es sollen die aktuellen Themen angesprochen werden.

■ **Kommunikation:** Die Geschäftsstelle kann den Sektionen mehr Informationen und bereits aufbereitete Texte zur Verfügung stellen, die durch die Sektionen publiziert werden können.

■ **Wahlen:** Die Dienstleistungspakete (Flyer, Plakate etc.), die von der Kantonalpartei bei den letzten Wahlen gestellt wurden, kamen sehr gut an und werden auch wieder gewünscht.

Die Parteileitung dankt allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für das engagierte Mitarbeiten und den gelungenen Austausch. Der nächste Anlass ist bereits in Planung.

FDP Baselland begrüsst neu im Landrat: Stefan Degen

Stephan Degen, Landrat

Als ich im Dezember realisierte, dass ich nun definitiv ab Januar den Wahlkreis Gelterkinden als Landrat in Liestal vertreten darf, stellte ich fest, dass ich mich eigentlich erst etwas mehr als fünf Jahre aktiv in der Politik engagiere. 2012 wurde ich auf Anhieb in die Gemeindegewählung gewählt und im gleichen Jahr auch noch in den Schulrat. Nun bin ich seit 2016 im Gemeinderat vertreten und führe dort die Ressorts Wehrdienste, Entsorgung sowie das ganze Vereinswesen der Gemeinde.

Beruflich bin ich kaufmännischer Leiter in der Geschäftsleitung eines KMU. Gelernt habe ich Schreiner, dann an der Fachhochschule berufsbegleitend Betriebswirtschaft studiert und einige Jahre bei einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Wirtschaftsprüfer gearbeitet.



Stefan Degen

Ich bin begeisterter Sportler, was insbesondere Laufsport und Bergsport im Sommer und im Winter sowie Sportschiessen bei der Schützengesellschaft Gelterkinden einschliesst. Daneben bin ich auch Geniesser und liebe gutes Essen. Auch Reisen, Kultur und Lesen zählen zu meinen Leidenschaften.

Politisch identifiziere ich mich stark mit liberalen Werten. Ich sehe mich als wirtschafts- und gesellschaftsliberale

Person, bin aber überzeugt von der Macht starker Werte. Werte, die wir in der Schweiz als Einwanderungsland unbedingt verteidigen müssen. Ich meine damit z. B. das Vertrauen, dass ein Vertrag ohne unendlichen administrativen und juristischen Aufwand abgeschlossen werden kann. Ich meine damit aber auch weniger Regulierungen und eine schlagkräftige und effiziente Verwaltung. Gerade in Zeiten, in denen gewisse Kreise um die Wette nach dem Staat schreien, gilt es, sorgfältig abzuwägen, wo sich der Staat tatsächlich einbringen soll. Ich bin der festen Überzeugung, dass der Staat ausser den zwingenden Regeln des Zusammenlebens so ziemlich alles schlechter umsetzt als die private Initiative.

Mit diesen Grundüberzeugungen will ich mein Amt im Landrat antreten und anpacken. Ich denke, das Parlament und auch die Regierung sind grundsätzlich auf dem richtigen Weg:

Der Staat soll entschlackt werden. Dennoch ist der Weg noch weit, denn Überzeugungen werden immer wieder von Eigeninteressen überschattet, und mehr als einmal gab es faule Kompromisse. Die Entschlackung des Kantons wird und muss zu einer Dezentralisierung des Kantons führen. Einige Gemeinden werden die Aufgaben aufnehmen, die der Kanton bisher erbrachte, andere Gemeinden werden ganz andere Angebote ausarbeiten. Damit das aber möglich wird, muss der Kanton auch mindestens dem Leistungsabbau entsprechend die Steuern kürzen, damit die Gemeinden dort wieder Luft erhalten. Dennoch stimmt der Kurs, und da werde ich in vielen Punkten der Richtung meines Vorgängers Michael Herrmann folgen. Und genau bei ihm möchte ich mich für seine hervorragende Arbeit bedanken und wünsche ihm bei allen neuen Herausforderungen viel Erfolg und Genugtuung.

Standort Baselbiet

Die starke Marke «Baselland»

Daniel Recher, Nationaler Delegierter und Parteirat

Fühlen Sie sich als Basler? Kennen Sie das, wenn ein Berner im Gespräch fragt, ob Sie ein Basler seien? Und Hand aufs Herz, wie reagieren Sie darauf? Ich selbst komme aus dem Oberbaselbiet, aber ich liebe nicht nur unsere schöne Landschaft und das Städtli, sondern auch die Stadt. Und so geht es doch den meisten von uns: den leidenschaftlichen FCB-Fans, den Fasnächtlern und Kulturbegeisterten. Wir würden jedem Zürcher gegenüber standhaft für «unser» Basel eintreten. Wenn mich hingegen jemand fragt, ob ich Basler bin, dann verneine ich und erkläre, ich sei Baselbieter. Und wem das auch so geht, der kennt auch die Reaktion, die darauf fast immer folgt: ein Schmunzeln und ein «das isch doch s'Gliche!».

Ist es das? Fakt ist, dass scheinbar hinter Belchen und Bözberg kaum jemand realisiert, dass das Baselbiet eine ganz eigene Identität hat. International sowieso. Die Tatsache, dass ich aus einem Dorf komme, das weniger Einwohner hat als das Wohnhaus meiner Freunde in Peking, hat in Asien immer wieder zu Erstaunen geführt. Oder dass man am Dialekt bei uns hören kann, ob jemand 10 Minuten weiter weg wohnt. Um einen solchen Unterschied zu hören, muss man in China, Russland oder den USA stundenlang fliegen.

Standort Baselbiet top, aber wenig bekannt

Schaut man die Marke «Baselbiet» als Marketer oder Unternehmer an, so fallen ganz deutliche USPs (Unique Selling Propositions) auf, also Alleinstellungsmerkmale, unverwechselbare Eigenschaften, mit denen man ein Produkt, eine Marke oder ein Unternehmen am Markt erfolgreich positionieren kann.

Da ist der hervorragende Standort des Baselbiets; stadtnah und doch mit grossem Platzangebot. Die Verkehrsanbindung, die Nähe zu den Nachbarländern, die Beliebtheit bei Expats und



Daniel Recher

Daniel Recher ist nationaler Delegierter und Parteirat der FDP Baselland. Nach seinem BWL-Studium an der Universität St. Gallen war er viele Jahre geschäftlich vor allem in Asien tätig und hat in China gelebt. 2014 ist er ins Baselbiet zurückgekehrt und berät heute Start-ups vorwiegend im medizinischen Bereich.

nicht zuletzt auch das, was viele von uns vielleicht nur jeweils dann realisieren, wenn sie aus dem Belchentunnel heraus in die Heimat fahren: Sonne. Wussten Sie zum Beispiel, dass in unserem Kanton die meisten Cabrios der Schweiz eingelöst sind? Wir sind also eigentlich das Kalifornien der Schweiz.

Aber diese Marke wird ausserhalb unserer Region und im Ausland wenig bis gar nicht wahrgenommen. Oder anders gesagt: Wir haben noch unausgeschöpftes Marktpotenzial!

Wofür aber überhaupt unsere schöne Ecke vermarkten? Reicht es nicht, dass wir es einfach in Ruhe selbst geniessen können, so ungestört und unauffällig? Ich denke nicht, denn wir befinden uns in einem immer stärkeren Wettbewerb nicht nur mit Nachbarkantonen, sondern auch mit dem nahen und fernen Ausland. Wir müssen das Potenzial unserer Marke erkennen und pflegen, nicht zuletzt um im Standort-

wettbewerb unsere ansässigen Unternehmen zu stützen, aber auch um spannende Ansiedler zu gewinnen.

Marke «Baselland» mit neuen Instrumenten stärken

Als Betriebswirtschafter, Unternehmer und Familienvater befremdet es mich immer wieder, dass in der politischen Diskussion kommunal, kantonale und nationale fast ausschliesslich um die beiden Optionen «ausgeben» oder «sparen» gestritten wird. Aber stellen Sie sich vor, Sie wollen in ihrem Unternehmen investieren oder mit der Familie in die Ferien. Da ist doch nicht das Hauptthema, ob wir ausgeben oder sparen, sondern woher wir das Geld nehmen. Umsatz und Gewinn sind entscheidend!

Um diese zu erwirtschaften, muss ich als Unternehmer meine Marke pflegen und strategisch ihre Qualitäten und Stärken herausstreichen. Erforderlich ist eine klare Positionierung. Und ich muss sie vermarkten mit effizienten Public Relations. Marketing und auch die Kommunikation haben sich

in den letzten Jahren komplett gewandelt. Wir befinden uns in der sogenannten Awareness Economy, in der es nicht um klassische Werbung mit Broschüren, Inseraten oder Webseiten geht, sondern darum, im Sturmregen der auf den Konsumenten einprasselnden Kommunikation schlau und disruptiv aufzufallen. Die nötigen Prozesse sowie die daraus resultierenden Investitionen haben sich völlig gewandelt. Professionelle Social-Media-Strategien kosten einen Bruchteil und haben nie dagewesene Wirkungen im Vergleich zu klassischem Marketing. Daneben professionalisiert sich zunehmend auch der Bereich der Public Relations und Public Affairs, also der Kommunikation und Positionierung gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik. Nutzen wir auch seitens der Politik und der Parteien diese Instrumente für ein professionelles Management der Marke «Baselland».

Deshalb: Nein, liebe Zürcher, St. Galler und Berner, wir sind keine Basler, sondern Baselbieter – und ja, das ist ein Unterschied.

Wussten Sie schon? Die FDP Baselland ist auch online vertreten:



www.fdp-bl.ch



FDP.Die Liberalen Baselland



@FDP_BL



FDP Baselland



FDP Baselland